

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Dienstag, dem 12. August 2014, um 20.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

öffentliche Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister	Kurt	LENTSCH
Vizebürgermeisterin	Elisabeth	BÖHM
Stadträtin	Monika	RUPP
Stadtrat	Roman	SCHEUER
Stadtrat	Emmerich	HAIDER
Stadtrat	DI Thomas	HALBRITTER
Stadträtin	Isabell	LICHTENBERGER
Gemeinderätin	Mag. ^a Alexandra	FISCHBACH
Gemeinderat	Johannes	MIKULA
Gemeinderat	Ing. Stefan	KAST, BA
Gemeinderat	Mag. Heinz	ZITZ
Gemeinderat	Ing. Viktor	HORVATH
Gemeinderätin	Emma	HITZINGER
Gemeinderat	Andreas	KÖNIGSHOFER
Gemeinderätin	Mag. ^a Beata	SÄMANN-TAKACS
Gemeinderat	Ing. Günter	KOLAR
Gemeinderat	Ing. Johann	LINHART
Gemeinderätin	Birgit	PECK
Gemeinderat	Franz	SCHNEIDER
Gemeinderat	Karl	PANNER
Gemeinderat	Ing. Hermann	MICHLITS
Gemeinderat	Johannes	DEPAULY
Gemeinderätin	Judith	FRANK-UNGER
Schriftführer	Mag. ^a Katrin	BOCHDALOFSKY
<u>Entschuldigt:</u>		
Gemeinderat	DI Gottfried	HAIDER
Gemeinderätin	Ingeborg	BERGER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 20.00 Uhr. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Ing. Günter Kolar und Karl Panner bestimmt.

Die Protokolle der vergangenen Sitzungen (mit Ausnahme der GR-Sitzung vom 1. Juli 2014) werden einstimmig genehmigt.

T A G E S O R D N U N G

Punkt 1) Haushaltskonsolidierung – 2. Quartalsbericht

Die Budgetausschussvorsitzende GR Mag.^a Fischbach berichtet über die Sitzung des Budgetausschusses vom 12. August. Es gab einen detaillierten Soll-Ist-Vergleich sowie einen Überblick über die offenen Rückstände mit Stichtag 30.06.2014 von Dr. Pilz. Die Stadtgemeinde ist mit ihrem Konsolidierungspfad in allen Bereichen positiv, d.h. es wird nach Ampelsystem bewertet und bei den meisten Punkten ist man im grünen, bei manchen im orangen Bereich. Die Planungsannahmen, die im Zuge der Konsolidierung getroffen wurden, sind nach jetzigem Stand auch umgesetzt worden.

Punkt 2) Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG - Konsolidierungskredit EUR 950.000,00

Der Konsolidierungsbedarf für das erste Halbjahr 2014 beträgt EUR 950.000,--. Der Grundsatzbeschluss für die Darlehensaufnahme wurde am 1. Juli 2014 gefasst. Da damals aber kein Originalvertrag vorlag, muss die Kreditaufnahme heute beschlossen werden. Der Bürgermeister informiert, dass die ERSTE BANK zusätzlich ein Pfandrecht auf dem Grundstück des Hallenbades (als zweitrangige Besicherung nach dem Pfandrecht der Raiffeisenbank) eintragen lassen möchte. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt Bürgermeister Lentsch die Kreditaufnahme laut beiliegendem Kreditvertrag zum Beschluss. Dieser wird mehrheitlich beschlossen. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart. Gegen den Antrag stimmten Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz.

Punkt 3) BAWAG P.S.K. – Konsolidierungskredit EUR 3.500.000,00

Die Erste Bank hat ein Angebot über die Kreditaufnahme 950.000,00 € vorgelegt (sh. TOP 2), möchte aber von weiteren Kreditvergaben absehen. Deshalb wurde das zweitgereichte Angebot – die Bawag P.S.K. mit 1,417% Verzinsung – herangezogen. Der Gemeinderatsbeschluss der seinerzeitigen Vergabe an die Erste Bank über die restlichen € 3,5 Mio. soll mit dem gleichzeitigen Beschluss der Darlehensaufnahme bei der Bawag P.S.K. aufgehoben werden. Der neue Darlehensvertrag mit der Bawag P.S.K. liegt dem Beschluss bei, Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag die Bawag P.S.K. mit dem Kredit zu beauftragen. Dieser wird mehrheitlich beschlossen. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart. Gegen den Antrag stimmten Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman

Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz.

Punkt 4) Teilzuzahlungen Konsolidierungskredit 3. und 4. Quartal 2014

Der Finanzierungsbedarf beträgt für das erste Halbjahr 2014 € 950.000,00. Für das 3. und 4. Quartal je € 480.000,00. Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, stellt Bürgermeister Lentsch den Antrag Teilzuzahlung Konsolidierungskredit für das 3. und 4. Quartal zu beschließen. Dieser wird mehrheitlich beschlossen. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart. Gegen den Antrag stimmten Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz.

Punkt 5) Beschluss – Kreditvertrag Kassenkredit

Bürgermeister Lentsch berichtet, dass die Gemeindeaufsicht um eine Beschlussfassung bzgl. Kassenkredit ersucht. Der Kreditrahmen beläuft sich auf € 2.150.000,00 und läuft bis 31.12.2014. Bürgermeister Lentsch erhebt den Vertrag zum Beschluss. Dieser wird mehrheitlich beschlossen. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart. Gegen den Antrag stimmten Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz.

Punkt 6) Beschluss – Zuschuss an Freizeitbetriebe GmbH laut Voranschlag 2014

Der Bürgermeister berichtet, dass dieser Zuschuss zwar im Voranschlag 2014 berücksichtigt ist, die Gemeindeaufsicht jedoch um einen Gemeinderatsbeschluss, der dies als Zuschuss deklariert, ersucht. Die Höhe beläuft sich auf € 1.042.100,00. Vizebgm. Böhm erkundigt sich nach einem Schreiben der Landesregierung bzgl. Prüfung der Freizeitbetriebe, das den Gemeinderäten zur Kenntnis gebracht werden muss. Aufgrund dessen, dass die FZB GmbH zurzeit vom Land geprüft wird, möchte die SPÖ diesen Zuschuss nicht genehmigen. Daraufhin liest Bürgermeister Lentsch das beiliegende Schreiben der Landesregierung vom 03. Juli 2014 vor. Die Verlesung wäre unter „TOP 15 Allfälliges“ vorgesehen gewesen. Darin wird bemängelt, dass beim Rechnungsabschluss 2013 festgestellt wurde, dass manche Buchungen nicht oder nicht ordnungsgemäß angeordnet wurden und Belege nicht gezeichnet wurden. Der Kassier Hermann Keglovits hat aber zum Schutze des Gemeindevermögens (die FZB GmbH ist im wesentlichen Eigentum der Stadtgemeinde) diese Buchungen und Überweisungen veranlasst. Danach gibt es einige Wortmeldungen:

GR Mag. Zitz: Hermann Keglovits ist GF einer unabhängigen GesmbH und zugleich Kassier der Stadtgemeinde. Zitz gibt zu bedenken, ob diese beiden Funktionen

vereinbar sind. GF Keglovits ist immer bemüht alles ordentlich zu machen, jedoch sollte man seine Aufgaben überdenken, um ihn zu schützen. Weiters erklärt er, dass die Vorgehensweise zukünftig unbedingt auf Basis der Gemeindeordnung zu bringen sei.

GR Mag.^a Fischbach: erkundigt sich, ob sie das Schreiben richtig verstanden habe, dass es teilweise um das Fehlen von Anordnungen, teilweise um fehlende GR-Beschlüsse und teilweise darum gehe, dass die Buchungen nicht im Voranschlag festgehalten sind.

Bgm. Lentsch bejaht dies.

GR Mag.^a Fischbach: erklärt, dass in Zukunft unbedingt GR-Beschlüsse zu fällen seien, um die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten.

Bgm. Lentsch erklärt, dass dies natürlich so sein wird, da niemand absichtlich falsch gehandelt habe, sondern lediglich aus Unwissenheit. Aufgrund dieses Schreibens wurde auch der TOP 6 aufgenommen.

Nach diesen Wortmeldungen erhebt Bgm. Lentsch den Antrag zum Beschluss. Dieser wird mehrheitlich beschlossen. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart. Gegen den Antrag stimmten Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz.

Punkt 7) Teilbebauungsplan „Segelhafen West – 2. Änderung“

Stadtrat Halbritter berichtet neuerlich über diese geplante Änderung: Die Ausgangssituation ist, dass Familie Möstl auf der einen Seite das Hotel am Segelhafen von Herrn Dr. Ortman und auf der anderen Seite ein Grundstück von der Stadtgemeinde Neusiedl am See gekauft hat. Für die (nördliche) Straße gibt es einen TBP, für das ehemalige Grundstück der Gemeinde nicht. Weiters wurde für die dritte Reihe im Segelhafen West kein TBP verordnet. Im aktuellen TBP wurde die bestehende Bebauung grundsätzlich bestätigt. Zwei Änderungen betreffen zum einen ein Grundstück der Karolyi & Ehrenguber Vermögensverwaltungs OEG und zum anderen Parkplätze im Bereich des alten Segelhafens. Anschließend wird über die Verordnung und die inhaltlichen Festlegungen des Erläuterungsberichts (Beschlussexemplar) samt zeichnerischer Darstellung (Plan) beraten. Bei der letzten GR-Sitzung wurde der Punkt vertagt, da um eine Preisnachverhandlung mit der Karolyi & Ehrenguber Vermögensverwaltung OEG ersucht wurde. StR DI Halbritter berichtet, dass dies nun geschehen sei. Die Firma Karolyi & Ehrenguber Vermögensverwaltung OEG ist nicht bereit nachträglich einen höheren Grundstückspreis zu bezahlen, da sie ja den selben Preis wie alle anderen Siedler für das besagte Grundstück bezahlt haben und die anderen für Nachverhandlungen sicher nicht bereit stünden. Jedoch würde das Unternehmen eine zweckgewidmete Spende für z.B. Tabor-Schule oder Spielplatz dort in der Höhe von € 16.0000,- anbieten. Es wäre wichtig diesen TBP zu beschließen, da sonst die anderen Grundstücksbesitzer blockiert sind. StR DI Halbritter weist darauf hin, dass die Familie Möstl ansonsten von ihrem Rücktrittsrecht Gebrauch machen könnte

(was ein enormer Schaden für die Stadtgemeinde und die Firma Möstl) und auch die Fa. Karolyi & Ehrenguber Vermögensverwaltung OEG die Verzögerung nicht akzeptieren werde. Vizebgm. Böhm möchte, dass ein Rechtsgutachten bzgl. des Kaufvertrages und der nachträglichen Umwidmung eingeholt wird, da im Kaufvertrag stehe, dass nicht bebaut werden darf. Der Bürgermeister bestätigt, dass dies im seinerzeitigen Kaufvertrag – damals richtig – so stand, jedoch 2010 eine Umwidmung mit den Stimmen der SPÖ im Gemeinderat beschlossen wurde. Er weist ausdrücklich auf die Haftung der GR-Mitglieder hin, wenn dieser TBP nun nicht beschlossen werde. GR Mag.^a Fischbach ersucht neuerlich um Vertagung. Bgm. Lentsch und mit ihm die ÖVP GR-Mitglieder stimmen dem nicht zu, da dadurch der Familie Möstl geschadet werden würde, obwohl sie im Recht sind. StR DI Halbritter weist darauf hin, dass die Forderung nach Nachverhandlungen erfüllt sei und dieser TBP nun beschlossen werden soll. StR Scheuer erkundigt sich, ob der Vertrag aus 2002 oder der GR-Beschluss aus 2010 rechtskräftig sei. Dies wird vom Bürgermeister damit beantwortet, dass der Beschluss aus 2010 aktuell sei. Daraufhin ersucht die SPÖ um 21.10 Uhr um Unterbrechung der GR-Sitzung. Nach 15-minütiger Pause erklärt Vizebgm. Böhm, dass die SPÖ den TBP beschließen, wenn die Spende der Fa. Karolyi & Ehrenguber Vermögensverwaltung OEG an die Gemeinde bezahlt werde und der Gemeinderat über den Verwendungszweck befragt werde. GR Mag.^a Fischbach erklärt, dass dies zwar nicht das sei, was sich die Grünen unter Wertabgleich erwartet hätten, sie aber zustimmen werden. Nach dieser Diskussion wird der TBP, die Verordnung, die inhaltliche Festlegung des beiliegenden Erläuterungsberichtes (Beschlussexemplar) samt zeichnerischer Darstellung (Plan) zur Abstimmung gebracht. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart sowie Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz. Somit wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 8) Müllgebühr – Befreiung/Ermäßigung für sozial schwache Haushalte

StR DI Halbritter berichtet, dass nach Einführung der Müllgebühr von € 22,--/Jahr einige Bürger um Ermäßigung gebeten haben. Die Definition „sozial schwache Haushalte“ soll sich nach den Richtlinien des Heizkostenzuschusses orientieren, der jährlich angeglichen wird. Für das Jahr 2014 gelten folgende Richtlinien:

- Bezug eines monatlichen Einkommens bis zur Höhe des Nettobetrages des jeweils geltenden ASVG – Ausgleichszulagenrichtsatzes sowie dem Bgld. Mindestsicherungsgesetzes

Dieser beträgt für das Jahr 2014 – netto

für alleinstehende Personen:	Euro	814
für Ehepaare/Lebensgemeinschaften:	Euro	1.221
pro Kind:	Euro	156
für jede weitere Person im Haushalt:	Euro	407

Als derartige Einkommen sind anzusehen:

- Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Tätigkeit bis zum ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatz;

- Bezug einer Pension, wenn diese die Höhe des Nettobetrages des jeweils geltenden ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatzes nicht übersteigt, wobei Kriegsoferentschädigungen nicht als Einkommen anzurechnen sind;
- Bezug einer Pension, die eine Ausgleichszulage beinhaltet;
- Bezug einer Pension nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz vom Bundessozialamt, die eine Zusatzrente beinhaltet;
- Bezug einer Pension vom Bundessozialamt, die eine Mindestergänzungszulage beinhaltet;
- Bezug von Kinderbetreuungsgeld
- Bezug von Sozialhilfe/Bedarfsorientierte Mindestsicherung
- Bezug von Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe, wenn diese monatlich (= Tagessatz x 30) die Höhe des Nettobetrages des jeweils geltenden ASVG - Ausgleichszulagenrichtsatzes nicht übersteigen.
- Kinder sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie über kein eigenes Einkommen verfügen und im gemeinsamen Haushalt mit dem Antragsteller leben.

Die Ermäßigung soll 50% betragen, wodurch sich ein jährlicher Betrag von 11€ ergibt. Bgm. Lentsch bringt den Antrag von StR DI Halbritter zur Abstimmung. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart sowie Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz. Somit wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 9) Beschlussfassung: Vertrag über die Errichtung einer Bike&Ride-Anlage am ÖBB-Bahnhof Neusiedl am See

StR DI Halbritter berichtet von der geplanten Anlage. Die Kosten dafür belaufen sich auf € 285.000,00, wovon die ÖBB 50%, das Land Burgenland 25% und die Gemeinde ebenfalls 25% übernehmen werden. Die Kosten wurden für die Gemeinde auf € 70.000,00 reduziert. Eventuell wird es auch verschließbare Boxen geben, um Helme u.Ä. verstauen zu können, diese würden ca. € 5.000,00 kosten. € 35.000,00 sind im Jahr 2015 fällig und € 35.000,00 € im Jahr 2016. Im MFP wurde festgehalten, dass durch die Einstellung des NEMO jährlich € 70.000,00 eingespart werden und davon € 35.000,00 für andere Verkehrsprojekte investiert werden sollen. Dies wird für die Bike&Ride Anlage verwendet. Der Bürgermeister berichtet, dass die Kostenübernahme in anderen Bundesländern ähnlich sei, in manchen trage die Gemeinde 100 % der Kosten. Der Betrieb, die Wartung und Reinigung der Bike&Ride-Anlage ist von der Gemeinde zu gewährleisten. GR Panner fragt nach, wie viele Fahrradplätze errichtet werden. Dies beantwortet StR Halbritter damit, dass das davon abhängt wie viele man für diese Summe errichten könne – geplant wären 150. StR Scheuer fragt nach, ob die Planungskosten von € 40.000,00 bereits inbegriffen sind. Dies bejaht StR DI Halbritter. GR Mag. Zitz regt an, dass man manche Boxen etwas größer planen sollte, damit auch Motorradhelme versperrt werden können. GR Mikula fragt nach wer die Wartung und Überwachung des Aufzuges übernimmt. Bgm. Lentsch berichtet, dass die Feuerwehr dies nur bei Gefahrensituationen mache. Im Normalfall werde damit eine Firma beauftragt. Bgm. Lentsch bringt den Antrag von StR DI Halbritter zur Abstimmung. Für

den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart sowie Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz. Somit wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 10) Dienstbarkeitsvertrag – Energie Burgenland AG - Grundstück Nr.

3850/135

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich hierbei um ein Grundstück im Bereich des öff. Gutes neben der Fa. Lidl handle. Die Energie Burgenland AG müsse dort Grabungsarbeiten durchführen. Bürgermeister Lentsch erhebt den Vertrag zur Beschlussfassung. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart sowie Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz. Somit wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 11) Grundsatzbeschluss – Wohnungsvergabe Betreubares Wohnen

Die „betreubaren Wohnungen“ der OSG sind seit ca. 1 Jahr in Betrieb. Die Gemeinde hat 9 Wohnungen zur Verfügung. Ursprünglich war ein Kriterium der Wohnsitz in Neusiedl am See. Da aber von den 9 Wohnungen noch 5 frei sind, für die die Gemeinde bezahlen muss (Miete, Betriebskosten), ersucht Bürgermeister Lentsch um die Adaptierung der Richtlinien. Es sollen auch Wohnungen an Personen vergeben werden, die zwar keinen Wohnsitz aber ein Nahverhältnis zu Neusiedl am See haben, so z.B. Kinder mit Wohnsitz in Neusiedl am See. Bei Anfragen soll der Stadtrat individuell darüber entscheiden. Bürgermeister Lentsch bringt den Grundsatzbeschluss zur Abstimmung. Für den Antrag stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart sowie Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämman-Takacs, Schneider, Zitz. Somit wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 12) Betreuungsvereinbarung - Betreubares Wohnen

StR Rupp berichtet, dass für die unter TOP 11 genannten Wohnungen noch kein Betreuungsdienst beauftragt wurde. Hierzu liegt eine Vereinbarung der Caritas vor, die die Betreuung regelt. Die Abrechnung erfolgt ¼-stündlich, je nach erbrachter Leistung, z.B. hauswirtschaftliche oder pflegerische Dienste. Die Verrechnung erfolgt mit dem Mieter selbst. Die Vereinbarung kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten immer am Jahresende gekündigt werden. Die OSG ersucht um Genehmigung. Bgm. Lentsch bringt den Antrag von StR Rupp zur Abstimmung. Für den Antrag

stimmten: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Halbritter, Rupp sowie die ÖVP-Gemeinderäte Frank-Unger, Hitzinger, Horvath, Kast, Kolar, Michlits, Peck, Grüne-Gemeinderäte Fischbach und Linhart sowie Vizebürgermeisterin Böhm, Stadtrat Roman Scheuer, Stadträtin Isabell Lichtenberger sowie die SPÖ-Gemeinderäte Depauly, Königshofer, Mikula, Panner, Sämann-Takacs, Schneider, Zitz. Somit wurde der Antrag einstimmig beschlossen.

Punkt 13) wird im nicht-öffentlichen Teil behandelt

Punkt 14) Bericht des Bürgermeisters

- Laut einem Bericht der Zeitung des Gemeindebundes sind die **Ertragsanteile** in Österreich sehr unterschiedlich. Im Burgenland erhält man pro Einwohner 676 €, in Niederösterreich 753 €, in Salzburg 974 €. Man hoffe auf eine Anpassung beim nächsten Finanzausgleich.
- Für die **Seezufahrt L 309** wurde mit Schreiben vom 03.06.2014 vom Land die Zustimmung zur Sondernutzung erteilt.
- Von Seiten der **ÖBB** wurde mitgeteilt, dass es im Bereich des Busbahnhofes in der Seestraße zu **Bodenkontaminationen** durch Öl gekommen ist, weshalb ein Abtragen erforderlich wurde. Teilweise könnte dies auch die Straße, die öffentliches Gut ist, betreffen. Die Stadtgemeinde Neusiedl am See hat diesen Verdachtsfall dem Landeshauptmann schriftlich mitteilen lassen.
- Laut einer **Einkommensstatistik**, die im Standard veröffentlicht wurde, liegt der Bezirk Neusiedl am See im zweithöchsten Einkommensfeld. Jahresnettoeinkommen rund 21.304,00€.

Punkt 15) Allfälliges

- GR Königshofer erzählt, dass von Seiten der Volksschule am Tabor den Eltern ein Schreiben zugestellt wurde, in dem darauf aufmerksam gemacht wurde, dass am 1. Schultag auch der Monatsmarkt stattfindet. Dies ist jedoch nicht korrekt. Der Markt wurde auf den 2. Montag im September verschoben.
- GR Ing. Linhart fragt nach, wie lange der Kindergarten Gartenweg ohne Turnsaal auskommen müsse. Der Bürgermeister erklärt, dass dies ca. 1 Jahr dauern wird.
- GR Panner fragt wieso ein FZB Angestellter die Einladungskurrende ausführt. Dies wird damit beantwortet, dass der Bote Robert Moispöckner in Urlaub ist und die vertretenden Kollegen aufgrund der Urlaubszeit das Büro nicht verlassen können.

- StR Lichtenberger erkundigt sich nach Sicherheitsvorkehrungen bei Hochwasser. Dazu erklärt der Bürgermeister, dass es diverse Hochwasserschutzprojekte gibt, die extremen Regenfälle, wie Ende Juli, jedoch auch dadurch nur bedingt entschärft werden können und die meisten Probleme bei Starkregen durch falsche Baumaßnahmen in den Einzelobjekten passiert sind. So fehlen oft Rückstauklappen, die seit Jahren in der ÖNorm gefordert werden, oder es sind häufig Regenabwässer falsch angeschlossen..
- GR Mikula ersucht darum, dass bei der Ruine Tabor regelmäßig die Mülltonnen entleert werden.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 22:01 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer